

## Bericht aus dem Rathaus

### **Stadtvertretung setzt Zeichen gegen Intoleranz**

In einem interfraktionellen Antrag distanzieren sich die demokratischen Fraktionen der Stadtvertretung von den abfälligen Äußerungen der AfD Politikerin Petra Federau. Diese hatte auf Ihrer Facebook Seite unter anderem Asylbewerber und Ebola Kranke beleidigt. Einen Tag nach Eröffnung der interkulturellen Wochen und wenige Tage vor der Ankunft von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten in der Landeshauptstadt setzte die Stadtvertretung damit ein klares Zeichen. Schwerin soll auch in Zukunft friedlich, tolerant und weltoffen sein!

### **Beiräte gewählt**

Die Stadtvertretung wählte die Mitglieder des Behinderten- und Seniorenbeirates. Beide bestehen künftig aus 21 Mitgliedern. Gewählt wurden auch die Mitglieder der Ortsbeiräte. Letztere hatten sich mehrheitlich gegen verordnete Zusammenlegungen ausgesprochen. Daher bleibt es im Wesentlichen bei der alten Struktur. Nur Wickendorf und Medewege werden künftig einen gemeinsamen Ortsbeirat bilden.

### **Bürgerservice verbessern?**

„Mit dem Nachbarlandkreis am Projekt einer einheitlichen Behördennummer 115 zu arbeiten ist sinnvoll“, machte Stefan Schmidt für DIE LINKE deutlich. „Ob dagegen die Aufgabe der Samstagsöffnungszeiten im Stadthaus zugunsten einer erweiterten Erreichbarkeit von Montag bis Freitag tatsächlich im Sinne der Bürger, insbesondere der vielen Schweriner Pendler ist, darf bezweifelt werden. Zudem würde die Änderung und Erweiterung der Öffnungszeiten 5 Mitarbeiter mehr erfordern und 185.000 EUR Mehrkosten hervorrufen. Wo diese in der aktuellen Haushaltssituation herkommen sollen, ließen die Sozialdemokraten jedoch offen. Daher wurde dieser Teil des Antrags abgelehnt.“

### **Stellungnahme zum PWC Bericht beschlossen**

Nachdem PWC vor der Sommerpause seinen Abschlussbericht präsentiert hatte und die Verwaltung diese bewertet hatte, musste sich nun die Stadtpolitik positionieren. Fraktionschef Henning Foerster machte deutlich, dass die Vorschläge des beratenden Beauftragten im Wesentlichen auf Steuererhöhungen und Leistungskürzungen zielen. Vor diesem Hintergrund zeigte er sich zufrieden damit, dass die Verwaltung viele Positionen der LINKEN berücksichtigt hat. So finden sich ein klares Nein zur Schließung des Speichers, zur Anhebung von Grund- und Gewerbesteuer, zur Schließung der Zweigbibliotheken und zur Streichung von Zuschüssen für die Musik- und Kunstschulen. Die Abschaltung der Straßenbeleuchtung wird differenziert betrachtet und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED weiter vorangetrieben. Einen Wehrmutstropfen bildet die Preiserhöhung im Nahverkehr. Die Fraktion hatte sich in einem Gespräch mit der Geschäftsführung über die Hintergründe dafür informiert. Nach 6 Jahren Preisstabilität und durch den Wegfall der Entgelte aus dem Betrieb der OLA ist diese unabhängig von der Forderung nach einer deutlichen Reduzierung des städtischen Zuschusses seitens PWC notwendig.

Weitergehende Forderungen, wie die parallele Ausdünnung des Fahrplans oder die Anhebung der Preise im Rhythmus von 2 Jahren lehnt die Linksfraktion jedoch ab. Peter Brill wies die pauschale Kritik von PWC an der Arbeit der Träger im Bereich Hilfen zur Erziehung als wenig hilfreich und zudem nichtzutreffend zurück. Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses machte dabei deutlich, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen der Angebotsqualität im Bereich ambulanter Hilfen und der hohen Inanspruchnahme von stationären Einrichtungen gibt.

### **Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung (SIB) erhalten**

In einem gemeinsamen Antrag forderten LINKE, UB, Grüne und CDU noch einmal mit dem Land zu verhandeln. Derzeit ist die Fortsetzung der Beratungstätigkeit der SIB Lichtblick akut gefährdet. „Hintergrund ist die Schiefelage bei der Richtlinie zur Finanzierung des Angebots“, sagte Fraktionschef Henning Foerster, der den Antrag für DIE LINKE begründete. Seit 1999 sei die Sachkostenpauschale unverändert geblieben, obwohl die Preise für Strom, Wasser etc. gestiegen sind. Zudem habe das Land seine Zusage, 50% der Personalkosten zu übernehmen nicht gehalten. Dies sorgt für einen steigenden Eigenanteil beim Träger, der jetzt seinen Ausstieg zum Jahresende 2014 angekündigt hat. In MV stieg die Zahl der verschuldeten Haushalte entgegen dem Bundestrend 2014 um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum an. 2013 wurden im Land mehr als 1.900 Privatinsolvenzen angemeldet. Davon wurden 1.828 durch die vom Land anerkannten Beratungsstellen der freien Wohlfahrtspflege vorbereitet. Angesichts dieser Zahlen verbietet sich eigentlich eine Diskussion darüber, ob wir diese Beratungsstellen brauchen oder nicht – auch hier in Schwerin.

### **Miniaturpark Lütt Schwerin ausschildern**

Das Ansinnen diese, immerhin von 15.000 Besuchern pro Jahr besuchte Lankower Attraktion besser auszuschildern, wird durch die Linksfraktion unterstützt.

### **Unfallgefahr am Marienplatz mindern**

Bereits mehrfach wurden die farblich nicht von der umgebenden Pflasterung abgesetzten Steine von Passanten übersehen. Das führte zu Stürzen. Deshalb hat die Stadtverwaltung die Markierung der Bordsteine am Marienplatz beauftragt.

### **Ambitionierte Brückenbauvorhaben**

Wort gehalten hat die Linksfraktion bezüglich ihres Einsatzes für die Brücke Stadionstraße. Dank des engagierten Einsatzes der Verwaltung, ist es gelungen eine Lösung auf den Weg zu bringen. Die Brücke Wittenburger Straße wird in Absprache mit dem zuständigen Ministerium statt aus Haushaltsmitteln nun aus Fördermitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert. Die freiwerdenden Mittel werden dann für den Neubau der Brücke Stadionstraße eingesetzt. Dafür notwendige Planungskosten können aus eingesparten Mitteln beim Brückenbau Dieselstraße genutzt werden. DIE LINKE hat immer die Ansicht vertreten, dass eine Wiedererrichtung der Brücke in Sachen Leistungsfähigkeit, Verkehrssicherheit und Busanbindung der Gartenstadt über die Linie 7 die beste, wenn auch in der Unterhaltung gegenüber Ersatzvarianten teurere Lösung ist.

## **Open Anträge der ASK**

Die Aktion Stadt und Kulturschutz hatte 5 sogenannte Open Anträge eingebracht. Allein drei betrafen die Frage der Live Stream Übertragungen von Sitzungen im Internet. Stefan Schmidt überwies für DIE LINKE den Antrag zur Live Stream Übertragung der Hauptausschusssitzungen. „Dieser Vorschlag müsse diskutiert werden, denn der Hauptausschuss treffe als zweithöchstes Gremium der Stadt wichtige Entscheidungen auch allein.“ Erledigt hatte sich der Antrag zur Einblendung der Namen während der Übertragung. Dies war bereits während der Sitzung der Fall. Abgelehnt wurde die Einrichtung eines Chats. Ebenfalls abgelehnt wurden die Anträge Paulshöhe aus der beschlossenen Fußballentwicklungskonzeption heraus zu nehmen und auf die Sanierung der Rogahner Straße zu verzichten. Stefan Schmidt verwies darauf, „dass die Bewohner von Görries seit langem auf die Sanierung warten, die Verbesserung mit Blick auf das im Ortsteil ansässige Gewerbe wichtig ist und die Straße Ausweichverkehre nach dem Abriss der alten Brücke Stadionstraße aufnehmen muss. Zudem gibt es keinen Zusammenhang mit der zunehmenden Verlandung des Grimke Sees.“

## **Aufgabenschwerpunkt im Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) verlagern?**

„Diesen Wahlkampf Antrag der Unabhängigen Bürger kann man nur ablehnen“, machte Fraktionsvize Gerd Böttger deutlich. Diese hatten beklagt, dass die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes sich zu wenig um die Durchsetzung von Park- und Durchfahrverboten oder die Ahndung von Verschmutzungen durch Hundekot kümmern würden. Was Sie jedoch unterschlagen haben, ist dass die Stellen im KOD seit langem ausgeschrieben sind, mangels Interesse aber nicht besetzt werden können. Solange dies so ist, muss der KOD Schwerpunkte setzen und kann leider nicht alle Wünsche erfüllen.

## **Perspektiven für Langzeitarbeitslose in Schwerin**

Zwar sinkt die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten Personen auch in Schwerin, allerdings bleibt der Sockel der ALG II Bezieher konstant hoch. In den letzten Jahren sind die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zusammengestrichen worden. Durch eine Instrumentenreform wurden zudem die Möglichkeiten deutlich eingeschränkt. Mit der Bürgerarbeit läuft das letzte große Beschäftigungsprogramm unter Einbindung der Kommunen aus – adäquater Ersatz ist nicht in Sicht. Das bedeutet das Aus für mehr als 125 Bürgerarbeiter und Einschnitte für die soziale Infrastruktur. Bürgerarbeiter waren in Sportvereinen, Stadtteiltreffs, beim Integrationsbeauftragten oder beim Arbeitslosenverband im Einsatz. Das Nachfolgeprogramm der Bundesregierung ist eigentlich keins, denn es setzt ausschließlich auf die Integration von Arbeitslosen mittels Lohnkostenzuschüssen bei Arbeitgebern. Zudem wird es vrs. nur 30 Plätze für Schwerin geben. „Deshalb soll sich OB Angelika Gramkow über den Deutschen Städtetag und in anderer geeigneter Form dafür starkmachen, dass es auch künftig Möglichkeiten öffentlich geförderter Beschäftigung gibt“, so Fraktionschef Henning Foerster in der Debatte. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen.